

15. Mai 2020

## Pressemitteilung

### Krebsberatungsstellen fürchten Finanzierungslücke

**In der Corona-Krise erleben die Krebsberatungsstellen in Baden-Württemberg einen großen Zulauf. Das neuartige Virus verunsichert Krebspatienten, so dass sie Rat und Unterstützung suchen. Doch trotz ihrer unverzichtbaren Arbeit fürchten die Krebsberatungsstellen um ihre Existenz. Eine geplante Regelfinanzierung verzögert sich wegen Corona.**

„Es kann nicht sein, dass die Versorgung von Krebspatienten wegen der Corona-Pandemie vernachlässigt wird“, sagt Ulrika Gebhardt, Geschäftsführerin des Krebsverbandes Baden-Württemberg. Gerade jetzt hätten Betroffene besonders viele Fragen und ein Bedürfnis nach Unterstützung, denn Krebspatienten gehören aufgrund des geschwächten Immunsystems zur Risikogruppe. Die Mitarbeitenden der Krebsberatungsstellen tun im Moment alles, um den Betroffenen zu helfen, was wegen Corona nur telefonisch geht. Sie geben psychosoziale Beratung, vermitteln Informationen, sie motivieren und helfen beim Ausfüllen von Anträgen und bieten ihr Ohr an, wenn die Krebspatienten von Ängsten geplagt sind. Ausgerechnet jetzt steht die Finanzierung der Krebsberatungsstellen auf der Kippe.

Im vergangenen Jahr ist nach einer jahrelangen Übergangslösung endlich eine Regelfinanzierung für die Krebsberatungsstellen auf den Weg gebracht worden. Die gesetzlichen und privaten Krankenversicherer werden 40 Prozent der Kosten tragen. Durch die Reha-Träger, der Deutschen Rentenversicherung sowie der Agentur für Arbeit, sollen weitere 40 Prozent der Finanzierung gestemmt werden. 15 Prozent sollen die jeweiligen Bundesländer und 5 Prozent die Krebsberatungsstellen selbst tragen. Von Seiten der Krankenkassen ist der Plan bereits zum 1. Januar 2020 umgesetzt worden. Allerdings ist bis jetzt nicht geklärt, ob sich an der Finanzierung auch die Bundesagentur für Arbeit und die Deutsche Rentenversicherung beteiligen werden. Gespräche darüber mit dem

Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurden wegen der Corona-Krise zurückgestellt.

Deshalb sind die Krebsberatungsstellen auch in diesem Jahr weiterhin auf eine Übergangsfinanzierung angewiesen. Für acht Krebsberatungsstellen in Baden-Württemberg ist für 2020 eine weitere Übergangsfinanzierung so gut wie sicher. Die daran beteiligten Partner, das Land Baden-Württemberg, die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg sowie die gesetzlichen Krankenkassen, haben bereits signalisiert, dass sie die Übergangsfinanzierung auch für 2020 stellen. „An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an diese Partner“, sagt Geschäftsführerin Gebhardt. „Durch diese schnelle und unbürokratische Zusage sichern die Partner den Fortbestand der Krebsberatungsstellen und damit eine wichtige Unterstützungssäule von Krebspatienten.“ Durch die Übergangslösung abgesichert sind die Krebsberatungsstellen Nordbaden, Ostwürttemberg, Pforzheim, Ulm, Sigmaringen, Ravensburg, Heilbronn und Schwäbisch Hall.

Was die Krebsberatungsstellen Freiburg, Stuttgart, Karlsruhe und Tübingen angeht, liegt der Fall anders. Die Deutsche Krebshilfe (DKH) hat diese Beratungsstellen über Jahre finanziell und ideell unterstützt. Ulrika Gebhardt ist der DKH für den Einsatz zum Aufbau und zur Sicherung einer flächendeckenden psychoonkologischen Versorgung von an Krebs erkrankten Menschen sehr dankbar. Aktuell befinden sich diese Krebsberatungsstellen allerdings in einem „Finanzierungsvakuum“: Es wird keine weitere Förderzusage erteilt, weil Unsicherheit darüber besteht, ob und wenn ja in welcher Höhe in 2020 noch Mittel aus der geplanten Regelfinanzierung fließen. Die Mittel aus der Regelfinanzierung fließen jedoch aktuell auch nicht.

In Baden-Württemberg haben die Träger der Krebsberatungsstellen nicht die Mittel, um dieses Finanzierungsvakuum zu überbrücken. Dies hat zur Folge, dass frei werdende Personalstellen nicht nachbesetzt oder Zeitarbeitsverträge nicht verlängert werden. „Leider bedeutet dies einen großen Rückschritt in der psychoonkologischen Versorgung in Baden-Württemberg“, sagt Professor Uwe Martens, Vorstandsvorsitzender des Krebsverbandes. „Letztendlich geht dies alles zu Lasten der Krebspatienten.“

Wir bitten daher alle Beteiligten, schnellstmöglich eine Einigung über eine Regelfinanzierung zu erzielen.

Die Träger der bisherigen Finanzierungssysteme bitten wir, die Krebsberatungsstellen in Baden-Württemberg nochmals zu unterstützen, ggf. mit einem mit den Leistungen aus der Regelfinanzierung zu verrechnenden Vorschuss.

Die Träger der Krebsberatungsstellen brauchen dringend in Form einer verbindlichen Zusage die Gewissheit, dass 2020 Mittel fließen werden, um den regulären Betrieb der Krebsberatungsstellen und eine qualitativ hochwertige psychoonkologische Versorgung aufrechterhalten zu können.

Der Krebsverband Baden-Württemberg gehört zur Deutschen Krebsgesellschaft und ist bereits seit 80 Jahren aktiv. Seine Hauptaufgabe sieht der Verband in der Prävention sowie in der Information und Beratung von Betroffenen. Mithilfe der vom Krebsverband intensiv betriebenen Vernetzung aller an einer Krebsbehandlung beteiligten Akteure wie onkologische Tumorzentren, Schwerpunktkliniken, Psychologen, Rehasentren oder auch Selbsthilfegruppen soll den Patienten eine optimale Therapie ermöglicht werden.